

fordert, Visumanträge von ausländischen Journalisten besonders sorgfältig zu prüfen. Den Hintergrund hierfür bildet offenbar die Tatsache, daß ein britischer Journalist an einen hochgeheimen internen Bericht über die Unterdrückung von ethnischen Minderheiten in der Inneren Mongolei gelangt war und daraus zitiert hatte. In der laufenden Kampagne gegen "friedliche Evolution", als deren Agenten die ausländischen Journalisten angesehen werden, möchte man nun keine weiteren Risiken eingehen.

Ein chinesischer Beamter erklärte, daß nur noch solche Journalisten ein Visum erhalten sollen, die aufgrund ihrer bisherigen Berichterstattung als chinafreundlich eingestuft werden. Würde ein Journalist, der einreisen durfte, später Nachteiliges berichten, so würde die visumerteilende diplomatische Vertretung dafür verantwortlich gemacht. (AWSJ, 5.11.1991) -hws-

*(6)

Dynamische Region Westpazifik

Mitte November nahm China an der APEC-Konferenz in Seoul teil (s. dazu die Übersicht). Es hatte dafür seine guten Gründe, da sich die Wirtschaftsentwicklung des westpazifischen Raums aus Beijinger Sicht höchst dynamisch vollzieht und da die VRCh daran Anteil haben möchte. Während die Zuwachsraten der Weltwirtschaft 1988 bei 4,1%, 1989 bei 3,2% und 1990 bei 2% lag, erreichte sie im asiatisch-pazifischen Raum 1989 und 1990 je 4,5%. Bemerkenswert sei das Wachstum der "Vier kleinen Drachen" (Singapur, Südkorea, Taiwan und Hongkong), vor allem aber das der ASEAN-Länder, die die "Vier kleinen Drachen" 1988 und 1989 in den Schatten gestellt hätten. Die einzelnen westpazifischen Staaten hätten überdies auch ihre Importzölle laufend reduziert und dadurch den innerregionalen Austausch erheblich beschleunigt. Früher galten die USA als Hauptabnehmerland der asiatisch-westpazifischen Exporte. Doch in den letzten Jahren hätten die innerregionalen Handelsbewegungen zugenommen. 1988 beispielsweise seien innerhalb der Region Waren in Höhe von 234 Mrd. US\$, im Verhältnis mit Nordamerika dagegen nur noch 193 Mrd. US\$ umgesetzt worden. Dies ist aus chinesischer Sicht ein Zeichen für die wachsende wirtschaftliche Selbständigkeit dieses Raums.

Die rasche Entwicklung des westpazifischen Binnenhandels sei auf folgende Punkte zurückzuführen: (1) Japan und die "Vier kleinen Drachen" fördern die Binnennachfrage und erhöhen damit das Importvolumen, (2) wachsender Protektionismus in Amerika und Europa, (3) zunehmende regionale Kapitalverflechtung, die auch dem regionalen Handel günstig ist. Japan und die "Vier kleinen Drachen" investierten neuerdings vor allem in den ASEAN-Ländern (BRu 1991, Nr.10, S.15-17). -we-

*(7)

China hält an seiner Bewerbung für die Olympischen Spiele i.J. 2000 fest

Bei den XVI. "Southeast Asian Games" (SEA-Games) in Manila im November 1991 wurden auch der Präsident des Chinesischen Olympischen Komitees, He Zhenliang, und Zhang Baifa, der Stellvertretende Bürgermeister von Beijing, eingeladen. Bei dieser Gelegenheit versicherten die südostasiatischen Gastgeber, daß sie den Antrag Chinas auf Abhaltung der Olympischen Spiele 2000 in Beijing unterstützen wollten (XNA, 26.11.91). -we-

Innenpolitik

*(8)

Offizielles Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China

Mit einem umfangreichen Weißbuch über "Die Situation der Menschenrechte in China" hat die chinesische Führung auf die anhaltende internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China reagiert. Das 45.000 Zeichen umfassende Dokument wurde am 1. November 1991 in Beijing vom Presseamt des Staatsrats veröffentlicht. Das ZK-Organ *Volkszeitung* druckte das Weißbuch in mehreren Folgen ab dem 2.11.91 ab. Eine vollständige deutsche Übersetzung findet sich in der Zeitschrift *Beijing Rundschau* vom 5.11.91 (Nr. 44/1991), S. 8-49.

Das Weißbuch gliedert sich in folgende 10 Kapitel:

- 1) Das Recht auf Leben ist das vorrangige Menschenrecht, um das das chinesische Volk lange Jahre gekämpft hat.

- 2) Das chinesische Volk hat umfassende politische Rechte erlangt.
- 3) Die Bürger genießen wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte.
- 4) Die Garantien für die Menschenrechte im chinesischen Rechtswesen.
- 5) Die Garantien für das Recht auf Arbeit.
- 6) Die Bürger genießen Religions- und Glaubensfreiheit.
- 7) Die Garantien für die Rechte der nationalen Minderheiten.
- 8) Familienplanung und Schutz der Menschenrechte.
- 9) Die Garantien für die Menschenrechte der Behinderten.
- 10) Die aktive Teilnahme [Chinas] an internationalen Bemühungen um die Menschenrechte.

Erwartungsgemäß steht es dem Weißbuch zufolge in China mit der Wahrung und dem Schutz der Menschenrechte nur zum besten. So soll es in China - im Gegensatz zu Behauptungen chinesischer Oppositioneller und westlicher Kritiker - keine politischen Gefangenen geben, denn "keiner wird infolge abweichender politischer Ansichten verurteilt". Im übrigen würden die im chinesischen Strafrecht als "konterrevolutionäre Verbrechen" bezeichneten Straftaten in jedem Land der Welt geahndet. Nach Darstellung des Weißbuches trifft es auch nicht zu, daß in China Menschen ohne Gerichtsverfahren in einer Art Verbannung in Anstalten zur Umerziehung durch Arbeit geschickt würden: "Das ist eine Verleumdung der Aufnahme von Straftätern durch chinesische Gefängnisse und Anstalten zur Umerziehung durch Arbeit und entbehrt jeder Grundlage." Tatsächlich existiert seit langem eine rechtliche Grundlage für die rein administrative Bestrafung durch die Sicherheitsbehörden zur "Umerziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyu). Auch die Behauptung des Weißbuches, daß der Anwendungsbereich der Todesstrafe streng beschränkt sei, scheint mit der Realität der periodisch auftretenden exzessiven Anwendung der Todesstrafe nicht vereinbar zu sein. Schließlich scheint auch die folgende Darstellung des Weißbuches bestenfalls einen Soll-Zustand zu beschreiben: "Abtreibung als eine Abhilfemaßnahme für eine mißlungene Empfängnisverhütung wird nur mit freiwilliger Zustimmung der Frauen und unter sicheren und zuverlässigen Bedingungen durchgeführt." -sch-

CHINA aktuell

* (9)
8. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh

Das XIII. Zentralkomitee der KPCh trat vom 25. bis 29. November 1991 zu seiner 8. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 171 ZK-Mitglieder (von 175), 105 ZK-Kandidaten (von 108) sowie eine nicht genannte Zahl von Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission, der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und verschiedenen anderen Führungskadern teil. Damit fand die ZK-Plenartagung wieder einmal in einem personell erheblich erweiterten Rahmen statt.

Laut Kommuniqué wurde die ZK-Tagung vom 15köpfigen Politbüro "geleitet" (zhuchi), und ZK-Generalsekretär Jiang Zemin hielt eine "wichtige" Rede. Über die de facto wichtigste politische Persönlichkeit auf dieser Tagung gab wieder einmal ein Photo auf der ersten Seite der *Volkszeitung* Auskunft. Auf einer Gruppenaufnahme der Parteispitze stehen in der ersten Reihe nur drei Politiker: In der Mitte, d.h. am wichtigsten, Staatspräsident Yang Shangkun (gleichzeitig Politbüro-Mitglied und 1. stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission) flankiert von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng. Obwohl Yang Shangkun nicht Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros ist, sondern 'nur' einfaches Politbüro-Mitglied, nimmt er offenkundig de facto die eigentliche Führungsrolle ein, die bis Mitte 1989 Deng Xiaoping auch nach außen innehatte (siehe hierzu auch C.a., Oktober 1991, Ü 17). Ein vergleichbares Photo war zum ersten Mal am 25. Juli 1989 von der *Volkszeitung* veröffentlicht worden.

Die Plenartagung verabschiedete einen "Beschluß des ZK der KPCh über die weitere Stärkung der Landwirtschaft und der Arbeit auf dem Land" sowie einen "Beschluß über die Einberufung des XIV. Nationalen Parteitags der KPCh", der im letzten Vierteljahr 1992 abgehalten werden soll. Personelle Beschlüsse wurden nicht gefaßt, d.h. die politische Führung ist sich nach wie vor uneinig in den folgenden beiden Personalfragen:

- Die Besetzung der drei leeren Plätze im Politbüro des ZK der KPCh, die durch den Tod von Hu Yaobang

(April 1989) und den Sturz von Zhao Ziyang und Hu Qili (beide Juni 1989) vakant geworden waren.

- Die endgültige politische Bewertung und der Abschluß des Falles Zhao Ziyang.

Angesichts der fortgesetzten heftigen Kritik von orthodoxen Kräften an Zhao Ziyang war ein weiteres Hinausschieben der "endgültigen" parteioffiziellen Entscheidung in dieser äußerst heiklen politischen Frage zu erwarten gewesen (siehe C.a., Oktober 1991, Ü 18). Von einer Reihe von Beobachtern war jedoch angenommen worden, daß auf der 8. Plenartagung die drei vakanten Plätze im Politbüro mit den beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Zou Jiahua und Zhu Rongji und mit dem Generalsekretär der ZK-Militärkommission Yang Baibing besetzt werden würden. Die Tatsache, daß sich das erweiterte ZK-Plenum noch nicht einmal darauf einigen konnte, ist ein weiteres Indiz für die Zerstrittenheit der politischen Elite.

Daß sich das erweiterte Zentralkomitee primär mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigte und hierzu einen offenbar umfangreichen Beschluß faßte, hatte mehrere Gründe:

Erstens hatte sich eine ZK-Arbeitskonferenz vom 23. bis 27. September bereits ausführlich mit der Verbesserung der schwierigen Situation der mittleren und großen staatlichen Industriebetriebe befaßt (siehe C.a., September 1991, Ü 26).

Zweitens sind die Landwirtschaft und die Landbevölkerung von den Flutkatastrophen dieses Jahres erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Die politische Führung ist um eine rasche Beseitigung der Folgen besorgt und möchte gleichzeitig wirksame Vorkehrungen gegen künftige Naturkatastrophen treffen. Im Zusammenhang mit der Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion seit 1979 waren die Wasserbauten offenbar zunehmend vernachlässigt worden, so daß die Fluten mehr Schaden anrichten konnten, als dies bei einem einwandfreien Zustand der Hochwasserschutzanlagen der Fall gewesen wäre.

Drittens beruht die durch den ZK-Beschluß dokumentierte verstärkte Aufmerksamkeit der politischen Führung für die Belange der Landwirtschaft auf

der Einschätzung, daß "die Landwirtschaft die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung, die gesellschaftliche Stabilität und für die staatliche Selbständigkeit darstellt". Oder anders ausgedrückt: "Ohne die Stabilität und den allseitigen Fortschritt auf dem Land kann es keine Stabilität und keinen umfassenden Fortschritt der Gesamtgesellschaft geben." (RMRB, 30.11.91)

Viertens hat im Gefolge der Auflösung der Volkskommunen, der Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen und der Reprivatisierung von Produktion und Handel der Einfluß der KPCh und der sozialistischen Ideologie auf dem Land in den vergangenen Jahren erheblich nachgelassen. Stattdessen haben die traditionellen Volksreligionen, aber auch der Buddhismus und das Christentum, einen großen Zulauf gefunden, und in nicht wenigen Gebieten ist die Autorität der religiösen Führer und ihrer Organisationen mittlerweile größer als die der lokalen Parteiorgane und ihrer Kader. Die Revolutionsveteranen in der politischen Führung sehen offenbar auf dem Land - ihrer ursprünglichen Machtbasis, von der aus sie einst die Städte eroberten - ihre politischen Felle davonschwimmen, und sie wollen deshalb nun u.a. durch eine erneute sozialistische Erziehungsbewegung verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen.

Dem Kommuniqué der 8. Plenartagung zufolge besteht der Beschluß zur Landwirtschaft aus 10 Kapiteln:

- 1) Die Erfolge der Landwirtschaft und der Arbeit auf dem Land in den 80er Jahren und die wichtigsten Aufgaben in den 90er Jahren.
- 2) Die grundlegenden politischen Maßnahmen der Partei auf dem Land stabilisieren und vervollkommen und die Vertiefung der Reformen auf dem Land fortsetzen.
- 3) Die Sanierung der ländlichen Industriestruktur fortsetzen und die allseitige Entwicklung der ländlichen Wirtschaft fördern.
- 4) Energisch die Entwicklungsstrategie, mit Hilfe von Wissenschaft, Technik und Erziehung die Landwirtschaft zum Blühen zu bringen, in die Tat umsetzen.
- 5) Die integrierte Regulierung des Yangzi, des Huanghe und der großen Binnenseen beschleunigen und in großem Umfang den Investbau für die Bewässerung des Ackerlands entfalten.

- 6) Die Aufwendungen für die Landwirtschaft in einem relativ großen Umfang erhöhen und die Entwicklung der Industrie, die für die Landwirtschaft produziert, beschleunigen.
- 7) Die Armen unterstützen und die Entwicklung der verschiedenen Regionen gut koordinieren, um den gemeinsamen Wohlstand zu fördern.
- 8) Gewissenhaft den Aufbau der Basisorganisationen auf dem Land stärken.
- 9) Weiterhin die Entfaltung der sozialistischen ideologischen Erziehung vertiefen und sowohl den Aufbau der geistigen Zivilisation auf dem Land als auch den Aufbau von Demokratie und Rechtssystem verstärken.
- 10) Weiterhin die Führung der Partei über die Arbeit auf dem Land verstärken." (Ebenda)

Dem Kommuniqué der 8. Plenartagung zufolge werden in dem Beschluß zur Landwirtschaft zunächst die "großartigen Erfolge" der "Reformen in der Landwirtschaft", d.h. im wesentlichen die Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion mittels der Einführung des sog. "Verantwortungssystems für die Produktion auf der Basis der Einzelhaushalte", parteioffiziell bestätigt. Durch den Erfolg der landwirtschaftlichen Reformen sei das Problem der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kleidung im wesentlichen gelöst worden. Damit hätten die Reformen auf dem Land die materiellen Voraussetzungen und wertvolle Erfahrungen für die Reform in den Städten und für die gesellschaftliche Stabilität geschaffen. Für diese "großartigen Umwälzungen auf dem Land" wird ausdrücklich Deng Xiaoping gepriesen, der mit den Landwirtschaftsreformen die Theorie und Praxis des Sozialismus chinesischer Prägung in großem Maße bereichert habe.

Trotz der großen Erfolge der Reformen müsse, so der Beschluß weiter, der Landwirtschaft nach wie vor große Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn die Landwirtschaft stelle die Basis der wirtschaftlichen Entwicklung, der gesellschaftlichen Stabilität und der staatlichen Selbständigkeit dar. Außerdem sei die materielle und technische Basis der Landwirtschaft nach wie vor "relativ schwach", und die Ent-

wicklung der ländlichen Wirtschaft und Gesellschaft sei immer noch "sehr un- ausgeglichen". Schließlich gäbe es in der Arbeit auf dem Land noch viele Probleme, die einer Lösung harren.

In seinem Beschluß betont das ZK, daß "die Reformen auf dem Land unbeirrt vertieft werden müssen". Das "Verantwortungssystem für die [landwirtschaftliche] Produktion auf der Basis der Einzelhaushalte als Hauptform [der verschiedenen Verantwortungssysteme]" entspreche dem gegenwärtigen Stand der ländlichen Produktivkräfte, werde "von den breiten Massen begrüßt" und müsse deshalb über "einen langen Zeitraum" hinweg beibehalten und stabilisiert sowie ununterbrochen vervollkommen werden. Gleichzeitig sollen "das System der öffentlichen Dienstleistungen in der Landwirtschaft aktiv entwickelt und die Kräfte der Kollektivwirtschaft schrittweise gestärkt werden, um die Bauern auf den Weg des gemeinsamen Wohlstands zu führen". Damit haben sowohl die Befürworter einer weitgehend privatisierten Landwirtschaft als auch deren Gegner, die eine erneute Stärkung der ländlichen Kollektivwirtschaft fordern, ihre Positionen in dem Beschluß festschreiben können. Freilich scheint die Position der Reformkräfte doch etwas stärker in dem Beschluß verankert worden zu sein als die ihrer konservativ-orthodoxen Gegner. Dies ist im Vergleich zu den wirtschaftlichen Grundsatzbeschlüssen vom Herbst 1989 sicherlich ein kleiner Erfolg für die Reformkräfte, doch ist man noch weit entfernt von der Situation vor Juni 1989, als in ZK-Dokumenten von einer Stärkung der Kollektivwirtschaft nicht mehr die Rede war.

Ideologisch steht Chinas Bauern nach dem jüngsten ZK-Beschluß nun eine sozialistische Erziehungsbewegung ins Haus, in deren Verlauf sie zu "Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus" angehalten werden sollen. Dadurch sollen u.a. "eine Generation von Bauern neuen Typs mit Idealen, Moral, Kultur und Disziplin geschaffen" und "das sozialistische Bewußtsein der Kader und Massen erhöht" werden. -sch-

*(10)

Deng Xiaoping und Chen Yun nach wie vor auf Kollisionskurs

Nach Informationen des *Zhengming*-Korrespondenten Luo Bing kam Chinas höchster informeller politischer

Führungskreis am 9. November 1991 erneut zu einem Spitzentreffen zusammen. Teilnehmer waren Deng Xiaoping, Chen Yun, Yang Shangkun, Jiang Zemin, Li Peng, Peng Zhen, Wan Li, Bo Yibo, Qiao Shi und Song Ping. Die ebenfalls geladenen Li Xian-nian und Song Renqiong konnten nicht teilnehmen, da sie sich wegen Altersbeschwerden im Krankenhaus behandeln lassen mußten.

Auf dem Spitzentreffen kritisierte Chen Yun, daß sich die vom Westen betriebene "friedliche Evolution" bereits in einigen Gebieten Chinas breitgemacht habe. Dort habe die KPCh ihre Führungsautorität und die Unterstützung durch das Volk verloren, und sie bediene sich dort nur noch der Staatsmaschinerie. Ausländisches Gedankengut sei in diesen Regionen vorherrschend. Als Beispiele nannte Chen Yun die Stadt Wenzhou in Zhejiang, Shantou und Shenzhen in Guangdong, den Küstenstreifen von Guangdong, Xiamen in Fujian und die Insel Hainan - also alles Gebiete mit Wirtschafts-sonderzonencharakter. Chen Yun wörtlich: "Die westliche Ideologie breitet sich gegenwärtig rasch ins Landesinnere hinein aus. Wenn die Richtung nicht stimmt, dann kann das Steuer nicht gut geführt werden, und dann wird das Schiff weit vom Kurs abgebracht. Wenn man dann erneut wendet, verliert man Zeit und zahlt einen sehr großen Preis, und es ist dann auch schwierig, das Steuer wieder in den Griff zu bekommen." (Nach *Zhengming*, Dezember 1991, S. 6) - Mit anderen Worten: Die wirtschaftliche Öffnung ist bereits zu weit gegangen, und das Schiff namens "China" befindet sich bereits auf Kurs gen Kapitalismus, d.h.: Die politische Richtung stimmt nicht mehr.

Dieser Einschätzung wurde von Deng Xiaoping heftig widersprochen: "Ob die Richtung richtig ist oder falsch, entscheidet sich in erster Linie daran, ob die Führung, die die Richtung festlegt, eine fortschrittliche politische Partei ist, die die Wünsche des Volkes repräsentiert, oder ob es eine rück-schrittliche politische Partei ist, die den Wünschen des Volkes zuwiderhandelt. Auch jene, die in der Sowjetunion und in Osteuropa regierten, haben sich als Kommunistische Partei bezeichnet. Wieso konnten sie gestürzt werden? Wieso haben selbst jene, die ihren Namen änderten, nichts zustandegebracht? Das Kernproblem besteht eben darin, daß sie ihre Wirtschaft

nicht nach oben gebracht haben; und je mehr sie [am politischen System, d.h. am falschen Objekt] herumfummelten, desto chaotischer wurde es." (Ebenda, S. 7)

Unterstützung erhielt Deng Xiaoping u.a. von Yang Shangkun, der erklärte: "Wenn man sagt, daß die kapitalistische Ideologie in gewissen Sonderzonen einen Markt hat, dann bedeutet dies, daß unsere frühere Politik der Abschottung nach außen falsch war, denn sie hat dazu geführt, daß das Volk gegenüber dem Sozialismus Zweifel hegt und schwankend ist. Deshalb sollten wir dafür eintreten, konkrete Arbeit zu leisten, d.h., nur wenn es uns gelingt, in relativ kurzer Zeit den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen, werden wir das Volk in die Lage versetzen, die Vitalität der sozialistischen Gesellschaft selbst zu erfahren." (Ebenda)

Überraschenderweise sprachen sich auch die beiden Revolutionsveteranen Peng Zhen und Bo Yibo für die Ansicht von Deng Xiaoping aus: "Wenn es mit der Wirtschaft nicht gut geht, dann ist alles im argen. Dann hat die Partei kein Ansehen mehr, und mit der politischen Stabilität ist es dahin." (Ebenda)

Trotz dieser Abfuhr blieb Chen Yun offensichtlich bei seiner Meinung und berief vom 12. bis 13. November eine Sondersitzung der Zentralen Beraterkommission ein. In diesem Gremium fand Chen Yun eine Mehrheit für seine Ansichten, denn organisierten Revolutionsveteranen verabschiedeten eine Forderung an das Politbüro, daß sich die bevorstehende 8. Plenartagung des XIII. ZK mit der Frage der politischen Richtung der Reform- und Öffnungspolitik und der Stärkung der Führungsrolle der KPCh in den Wirtschaftssonderzonen beschäftigen solle. Ob und wie diese Fragen auf der ZK-Plenartagung diskutiert und beschlossen wurden, ist dem offiziellen Kommuniqué dieser Tagung nicht zu entnehmen (siehe RMRB, 30.11.91). -sch-

* (11)

Erfolge bei der Geburtenkontrolle in Sichuan

In Chinas bevölkerungsreichster Provinz wurden nach Angaben eines Sprechers von Sichuans Familienplanungsbehörde in den vergangenen fünf Jahren 12 Mio. Kinder weniger geboren

als zunächst erwartet worden war. Dadurch seien Ausgaben von insgesamt 100 Mrd. Yuan vermieden worden. Die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung habe im Schnitt des letzten Jahres um 12 pro tausend betragen und lag damit um 4,2 pro tausend unter dem Landesdurchschnitt. Der Anteil Sichuans an der Gesamtbevölkerung Chinas sei entsprechend von 9,93% auf 9,24% geschrumpft.

Als Grund für diesen Erfolg nannte der Sprecher, daß die Provinz schon 1987 entsprechende Durchführungsverordnungen erlassen habe, die die Geburtenkontrollkampagne auf eine legale Grundlage stellte. Zur Durchsetzung der Maßnahmen sei gleichzeitig ein ganzes Netz von zuständigen Stellen eingerichtet worden, vor allem in den ländlichen Gebieten. (RMRB, 17.11.1991) -hws-

Kultur

* (12)

60 Jahre Xinhua-Nachrichtenagentur

Das Jubiläum der zentralen Nachrichtenagentur "Neues China" bescherte ihr den Besuch etlicher Spitzen von Partei und Staat sowie viele mahnende Worte.

Noch vor dem eigentlichen Festtag erschien Parteichef Jiang Zemin in der Zentrale. Er wies den Journalisten in der heutigen "kritischen Periode der sozialistischen Modernisierung" die wichtige Aufgabe zu, den Volksmassen begreiflich zu machen, daß die Parteilinie ihre grundlegenden Interessen vertrete. Außerdem sollten sie sich ebenso sehr fest um die Hauptaufgabe der Wirtschaftsentwicklung zusammenscharen, unerschütterlich den Blick auf den Aufbau eines chinesischen Sozialismus richten, gleichzeitig aber auch auf Reformen und einer Öffnung des Landes gegenüber dem Ausland bestehen. Bei der Propaganda außerhalb Chinas müsse Xinhua mit einem "korrekten" Bild des sozialistischen China einen günstigen internationalen Kontext für die Modernisierung daheim schaffen. Von wahrheitsgetreuer Berichterstattung war bei Jiang nicht die Rede. "Tief in die Le-

benswirklichkeit der Massen einzutauchen," sei zwar "eine schöne Tradition" der Agentur, doch ist diese an andernorts üblichen Journalismus erinnernde Tätigkeit in Jiangs Darstellung nur wichtig im Hinblick auf die Aufgabe, "eine Brücke zu schlagen, die die Partei eng mit den Massen verbindet". Schließlich möchte die Partei wissen, was das Volk denkt. (Xinhua, chinesisch, 4.11.1991, nach SWB, 6.11.1991)

Li Ruihuan, Hauptredner am eigentlichen Festtag, rief die Journalisten auf, die Welt aus marxistischem Blickwinkel zu sehen, moderne Wissenschaft und Technologie zu studieren und eine größere Nähe zur Wirklichkeit, zum Leben und zu den Massen zu erreichen. Interessanterweise setzte er ein wenig andere Akzente als Jiang. Die Aufgaben der Propaganda und der Reportage wurden gleichmäßiger gewichtet, und mehrfach verwies er auf das Prinzip, wonach die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen sei. (Xinhua, chinesisch, 6.11.1991, nach SWB, 8.9.1991; chinesischer Wortlaut der Rede in RMRB, 7.11.1991)

Ähnlich wie Jiang Zemin äußerte sich auch Premierminister Li Peng bei einem Besuch in der Agentur zehn Tage später. Er betonte zudem, daß es angesichts der gewandelten internationalen Lage wesentlich sei, den Glauben an die Entwicklung eines chinesischen Sozialismus zu stärken, und daß man, um das Volk zu erziehen und auf den Weg des Sozialismus zu führen, erst selbst diesen Glauben erwerben müsse. So deutlich ist die Aufgabe der Nachrichtenagentur als ein Propagandamedium in Glaubensfragen wohl selten ausgesprochen worden. Davon, daß alle Mitarbeiter selbst noch an den Sozialismus glauben, war Li offenbar nicht überzeugt. (Xinhua, chinesisch, 15.11.1991, nach SWB, 18.11.1991)

Auch in den Provinzniederlassungen von Xinhua fanden Jubiläumsfeiern statt. Dabei forderte der Provinzpartisekretär von Henan, Hou Zongbin, die Agentur ausdrücklich zur Abwehr "feindlicher Kräfte aus dem In- und Ausland" sowie von "Übeltaten" und "Individualismus" auf. (Provinzradio Henan, 7.11.1991, nach SWB, 14.11.1991)

Es sind wahrlich große Aufgaben, die da von Xinhua erwartet werden. Ginge es nur um eine Vermittlung der Partei-